



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. November 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

P 159 Postulat Peter Fabian und Mit. über die Abschaffung des Versicherungsobligatoriums von illegalen Bauten / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Fabian Peter zieht sein Postulat zurück.

Fabian Peter: Ein Brandfall im Kanton Luzern hat mich auf die Idee dieses Postulats gebracht. Ich konnte kaum glauben, dass ein bestehendes Gebäude, das illegal ausserhalb einer Bauzone steht, durch die Gebäudeversicherung im Kanton Luzern versichert ist. In diesem konkreten Beispiel hat sogar eine Schadenszahlung stattgefunden. Ein illegales Gebäude kann über Jahre hinweg bei einer staatlichen Monopolversicherung versichert werden. Man kann das nicht nur, nein, man muss das sogar. Gemäss § 9 des Gebäudeversicherungsgesetzes sind alle im Kanton Luzern gelegenen Gebäude zu versichern. Trotzdem ziehe ich mein Postulat aus drei Gründen zurück. Erstens: Die Regierung konnte in ihrer Begründung aufzeigen, dass es sich vor allem um Altlasten beziehungsweise ältere Gebäude handelt. Inzwischen wird das Baubewilligungsverfahren zwischen den Gemeinden, der Gebäudeversicherung und dem Kanton sehr gut koordiniert. Heute sollte so etwas also nicht mehr passieren. Zweitens: Die Nachforschungen, um illegale Gebäude ausfindig zu machen, die aber versichert sind, würden einen unverhältnismässig grossen Aufwand bedeuten. Das entspricht nicht meiner politischen Grundhaltung, und ich sehe davon ab. Drittens: Der zuständige Regierungsrat, Paul Winiker, ist bereit, zusammen mit der Gebäudeversicherung und mir abzuklären, ob es allenfalls eine pragmatische Lösung gibt, dass man den illegalen Bauten nicht noch einen Investitionsschutz gewährt, falls sie versichert sind. Eine Idee wäre, in § 42 des Gebäudeversicherungsgesetzes bei den Ablehnungsgründen nur eine teilweise Schadensrückerstattung einzuführen. Das muss aber noch genau geprüft und bilateral geklärt werden. Somit erkläre ich den Rückzug meines Postulats und danke Regierungsrat Paul Winiker für seine Bereitschaft, auf einem einfachen Weg nach einer anderen Lösung zu suchen.